

Südtirol



„Gewalt in jeder Form ist niemals Privatsache. Es braucht daher ein breites Angebot an Schutzmaßnahmen für Opfer und Präventionsarbeit für Täter.“

Landesrätin Waltraud Deeg

Privatvermieter: Höhere Auslastung wohl erst ab 2024

BOZEN (bv). Die SVP-Fraktion hat den Plan der Landesregierung, die GIS für Privatzimmervermieter und Urlaub am Bauernhof anzuheben, gestoppt (wir berichteten). Südtirols Gemeinden sollen aber selbst festlegen können, welche Auslastung Privatzimmervermieter aufweisen müssen, um in den Genuss des vergünstigten Hebesatzes von 0,2 Prozent zu kommen. Die Brandbreite reicht von 20 bis 50 Prozent. Landeshauptmann Arno Kompatscher rechnet damit, dass die Neuerung der höheren Auslastung aber „wohl erst mit 2024“ greifen wird. Zuerst muss der Landtag im Dezember das Haushaltsgesetz genehmigen, dann alle Gemeinden einen Prozentsatz schreiben, was einiges an Diskussion nach sich zieht. Damit die Neuerungen bereits 2023 ihre Wirksamkeit entfalten, müssten alle Gemeinden jetzt Beschlüsse fassen, mit denen sie ihren Prozentsatz unter dem Vorbehalt festlegen, dass das Haushaltsgesetz genehmigt wird. Der Ball liegt jetzt bei den Gemeinden. Kompatscher rechnet jedenfalls erst mit 2024. o

400 Euro mehr für Kita-Betreuerinnen

KLEINKINDER: Land und Gemeinden einigen sich auf Finanzierung von 6 Mio. Euro für Zusatzvertrag – Abwanderung in Kindergarten stoppen

BOZEN (bv). Sie betreuen unsere Kleinsten, 38 Stunden pro Woche, auch im Sommer – und verdienen mit 1100 Euro einen Hungerlohn. Jetzt soll sich das für die 680 Mitarbeiter in Südtirols Kitas ändern. Land und Gemeinden haben sich auf die Finanzierung eines Zusatzvertrages geeinigt, der den Mitarbeiterinnen 400 Euro brutto mehr am Lohnstreifen sichern soll. „Sonst sperren wir keine weiteren Kitas mehr auf, sondern bestehende zu“, sagt Landesrätin Waltraud Deeg.

Vor 10 Jahren wurden in Südtirols Kleinkindbetreuungsstätten 2100 „Winzlinge“ begleitet, heute sind es mit 4700 mehr als doppelt so viele. „Die Nachfrage nimmt zu, allerdings stehen wir vor großen Personalproblemen“, sagt Landesrätin Waltraud Deeg. Hauptgrund ist das altbekannte Lohngefälle zum Kindergarten, wo man 300 Euro netto mehr verdient. Reihenweise wechseln Mitarbeiterinnen deshalb von der Kita in den Kindergarten und zum Teil auch an die Schulen. Eine Lohnanpassung gilt



Damit die Kleinsten auch weiterhin gut betreut sind: Die Mitarbeiterinnen in den Kindertagesstätten sollen schon bald mehr Geld erhalten. Shutterstock

seit Langem als dringend notwendig. „Bisher war aber die Finanzierung offen“, so Gemeindevorstandschef Andreas Schatzer.

Jetzt aber haben sich Land und Gemeinden auf die Finanzierung geeinigt. Jeweils 3 Mio. Euro stellen beide Seiten laut Deeg für einen Zusatzvertrag bereit, der den Mitarbeiterinnen 400 Euro brutto im Monat mehr in den Lohntüten sichern soll.

Die Vereinbarung wurde am Freitag vom Rat der Gemeinden gutgeheißen, fließt jetzt in einen Beschluss der Landesregierung. „Dann müssen die Sozialpartner noch den Zusatzvertrag aushandeln“, so Deeg. Schatzer rechnet damit, dass dieser in den ersten Monaten des neuen Jahres abgeschlossen werden kann.

„Damit gehen wir schrittweise in Richtung Anpassung an den

Kindergarten“, so Deeg. Das Personalproblem werde sich sonst nämlich verschärfen. Mit den Geldern des staatlichen Wiederaufbaufonds bauen viele Gemeinden an neuen Kitas. „Wir schätzen, dafür in den nächsten 2 Jahren noch einmal 100 Mitarbeiterinnen mehr zu benötigen“, so Deeg. Ohne Gehaltsanpassung sei daran aber nicht zu denken. „Da sperren wir keine

neuen Kitas auf, sondern bestehende zu“, so die Landesrätin.

Damit das Geld wirklich bei den Angestellten ankommt, müssen die Gemeinden künftig ihre Ausschreibungen zum erhöhten Stundensatz von 12 (große Kitas) bzw. 14 Euro (kleine Strukturen) plus 1,3 Euro (Erhöhung) machen. Immer wieder kam es vor, dass Gemeinden billiger ausgeschrieben haben, zuletzt in Meran. „Gemeinden, die künftig niedriger ausschreiben, bekommen aber keinen Landesbeitrag mehr“, sagt Schatzer.

Den Eltern entstehen durch die Lohnsteigerung keine Mehrkosten. Maximal 3,65 Euro entrichten sie pro Stunde, die meisten weniger. Mit Kindergeld und staatlichem Kita-Bonus kommt man auf eine Unterstützung von 325 Euro im Monat. „Und damit de facto auf einen Kindergarten-tarif. Noch einmal draufsatteln bei den Eltern geht aber nicht“, so Deeg. Seit September ist der staatliche Kita-Bonus-Topf förmlich leer. Bis Jahresende sollten laut Zusagen von INPS-Vizepräsidentin Luisa Gnecci aber wieder Mittel verfügbar sein, so Deeg.

© Alle Rechte vorbehalten

